Track #10 --- EU-Kritik

EU-Konstruktion hatte von Anfang an mehrere große Schwächen

Wirtschaftslastigkeit der EU-Konstruktion

Die Ursache ist in der Geschichte zu sehen. Der Ursprung war die Stahl- und Montanunion zwischen den Benelux-Länder, Deutschland und Frankreich. Die gegenseitige Überwachung der jeweiligen länderspezifischen Eisen- und Stahlproduktion sollte das Mißtrauen vor heimlichen Aufrüstung abbauen. In den danach folgenden Jahren wurde dies zu einer Wirtschafts- und Handelsgemeinschaft ausgeweitet, der sich immer mehr europäische NATO-Länder anschlossen und die in verschiedenen Verträgen (z.B.: Römischen Verträge) ausgeweitet und vertieft wurde.

In den 80er Jahren taten sich große europäische Konzerne zusammen im European Round Table (ERT). Sie forderten die Erstellung eines europäischen Binnenmarktes, aus Angst, nicht mehr mit den amerikanischen Konzernen mithalten zu können. Sie schafften es, daß Vertreter des ERT als Experten in jenen Gremien mit dabei waren, welche die Grundlagen und Rahmenbedingungen für den Binnenmarkt und die politische Union festlegten. Viele europäische Projekte (z.B.: TEN, Transeuropäische Netze) wurden 1:1 von den ERT-Vorgaben übernommen.

Jedenfalls führte dies dazu, daß der Binnenmarkt durch die 4 Freiheiten (Freie Warenverkehr, freie Personenverkehr, Niederlassungsfreiheit und Freiheit des Kapital- und Zinsverkehrs) definiert ist, während die Themen im Sozial-, Ökologie- und Grundrechtsbereich teilweise nur unverbindliche Absichtserklärungen sind.

Es ist die Chance vertan worden, die EU als ein Bürgerprojekt aufzuziehen. Einerseits die Bürger in die Gestaltung der Struktur einzubeziehen, sich mit zukünftigen Gesellschaftsformen zu beschäftigen. Oder sich zu fragen, wie eine europäische Binnenwirtschaft aussehen soll (z.B.: kleinläufig, regional, ökologisch, …) ?
Stattdessen ist ein neoliberales Wirtschaftsmodell gewählt worden mit „Größer ist Besser“ und „Quantität statt Qualität“.

Die einzige demokratisch legitimierte EU-Institution (EU-Parlament) ist stark eingeschränkt

Das EU-Parlament wird zwar als einzige EU-Institution direkt von der Bevölkerung gewählt, hat aber im Gegensatz zu normalen Parlamenten folgende Einschränkungen:

- ➔ Es darf keine eigenen Gesetzesanträge einbringen
- ➔ Gesetze werden gemeinsam mit EU-Rat oder den zuständigen EU-Ministerräten beschlossen. Die alleinige Zustimmung vom EU-Parlament reicht nicht
- ➔ Das EU-Parlament darf bei der Zusammenarbeit der Justiz- und Polizei nicht mitreden (z.B.: Überwachung der Bürger, der Geheimdienste, ...)
- ➔ Es darf auch bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik nicht mitreden (ob und wo interveniert wird, welche Punkte bei Handelsverträgen enthalten sein sollen, …)
    - ➔ Das EU-Parlament darf bei Handelsverträgen nur am Ende entscheiden, ob es zustimmt oder ablehnt.

Selbst diese Einschränkungen des EU-Parlamentes sind EU-Kommission und EU-Rat noch zuviel Diskussion und Demokratie gewesen. Daher wurden viele

Die eigentliche Macht liegt in der Hand der EU-Kommission, dem EU-Rat und den EU-Ministerräten

Hier werden Entscheidungen gefällt und Richtlinien für die weitere EU-Politik vorgegeben. Allerdings sind diese Institutionen nicht demokratisch gewählt.
Natürlich kann man einschränken, daß der Kommissionspräsident von der stimmenstärksten Fraktion gestellt wird, daß sich die Kommissare vor der Nominierung einem Hearing im EU-Parlament stellen müssen.

Der gefährliche Part (für eine Demokratie) ist, daß die jeweiligen Regierungschefs und Minister auf dem Flug vom Heimatland nach Brüssel sich von der Exekutive (Regierung) in Legislative (Gesetzgebung) mit exekutiven Rechten verwandeln.

Das undemokratische Gedankengut zeigt sich besonders seit der Finanzkrise 2007/2008. Als die Entscheidungen zum Austeritätskurs (Fiskalpakt, Sixpack, TwoPack, Europäisches Semester, …) nicht als Richtlinien und/oder Verordnungen umgesetzt wurden. Hier hätte das EU-Parlament mitreden, mitdiskutieren (hinterfragen) können. Daher wurden diese Themen als bilaterale internationale Verträge zwischen EU-Kommission und den einzelnen Staaten umgesetzt.

Die Kommunikation mit der Bevölkerung ist in vielen Bereichen ein Monolog der EU-Institutionen

In den letzten 2 Jahrzehnten haben sich in Europa 2 Welten (fast unabhängige Systeme) herausgebildet:

- Die Welt der „normalen“ (gewöhnlichen) EU-Bürger
- und die Welt der EU-Institutionen (mit Lobbbyisten, …). Das wird in vielen Verhaltensweisen sichtbar.

So meinte EU-Kommissarin Malmström im Rahmen der TTIP-Verhandlungen, es sei nicht ihre Aufgabe die „Segen von TTIP“ der Bevölkerung schmackhaft zu machen, sondern jene der nationalen Regierungen.
Auch der Versuch der EU-Kommission von der Zivilgesellschaft Rückmeldungen zu Schiedgerichten zu erhalten, hat diese Neigung zum Monolog gezeigt. So gab es keine Frage, ob man ein Schiedsgericht überhaupt will. Die Fragen selber waren sehr kompliziert formuliert und man mußte alle Fragen innerhalb von 30 Minuten beantworten, danach wurde die Verbindung vom Server unterbrochen.

Problem der Linken: Falsch verstandene Internationalität

Die Linken (in ganz Europa) haben zu lange die Augen vor der realen Struktur der EU verschlossen, einerseits mit der Ausrede, es sei ein Friedensprojekt zur Überwindung nationaler Engstirnigkeit, andererseits um sich bewußt von den nationalen/faschistischen Kräften abzugrenzen.

Die konservativen Kräfte hatte nicht so eine Scheu, die EU einerseits als Friedensprojekt zu propagieren und andererseits in einen neoliberalen Wirtschaftsraum zu verwandeln.

Seit der Finanzkrise 2007/2008 ist die Wirtschaftslastigkeit überdeutlich geworden

Anstatt den Finanzbereich zu regulieren, wurden Milliarden in die Stabilisierung gesteckt.
Maßnahmen, welche den nationalen Parlamenten die Budgethoheit zugunsten der EU-Kommission genommen haben, wie Fiskalpakt, Two-Pac, Six-Pac, Europäisches Semester, … wurden mittlerweile alle umgesetzt.
Dies führte dazu, daß die nationalen Parlamente im Euro-Raum ihre Budgethoheit verloren haben. Denn jedes Budget muß vorher von der EU-Kommission genehmigt werden.

Alternative Maßnahmen zur Entschärfung sind bestenfalls im Stadium der Diskussion. Bestes (schlechte) Beispiel ist die Finanztransaktionssteuer. Sie würde jede Finanztransaktion mit einer Steuer in der Höhe von 0,01 bis 1% belasten und sollte daher vor allem Spekulationen und Hochfrequenzhandel einbremsen. Bei langfristigen Investitionen würde dieser Betrag keine Rolle spielen. Zusätzlich würde es Geld in die Budgets der Staaten spülen und so deren Budgets entlasten. Jene Budgets die in den letzten Jahren vor allem mit Bankenrettung belastet worden sind.
Im ersten Anlauf wurde die Finanztransaktionssteuer von der EU-Kommission abgewürgt. Im aktuell zweiten Anlauf wird es von den Finanzministern zersplittert. Aktuell soll es in Stufen eingeführt werden, zuerst für Aktien. Ein Jahr später soll das Ergebnis überprüft werden und danach beschlossen werden, ob es vielleicht auch für Derivate eingeführt wird.

Auch der Umgang mit der neuen griechischen Regierung zeigt nichts von einem europäischen Friedensprojekt, sondern mehr von einer neoliberalen Diktatur.

Seit dem Beginn der Trojka-Vorgaben 2010 ist die das BIP um -25% gesunken und die Binnenwirtschaft zusammengebrochen. In jedem dieser Jahre zeigte es sich, daß die Trojka Vorgaben zu keinem Erfolg führten.
Nun hat sich die griechische Bevölkerung entschlossen, eine andere Wirtschaftspolitik zu wählen, die endlich wieder die Wirtschaft ankurbelt. Aber auf EU-Ebene will man sich die Fehler nicht eingestehen und setzt Griechenland unter Druck (z.B.: EZB kauft keine griechischen Staatsanleihen mehr), die alte Trojka-Politik weiterzuführen.

Auf der anderen Seite wird Deutschland von keiner Seite ein Vorwurf gemacht, daß es sich seit Beginn des Euros nicht an die jährlichen EZB-Vorgaben für Inflation und Lohnsteigerungen gehalten hat. Und seit 2013 wurden auch die Fiskalpaktvorgaben für die maximale Exportsteigerung immer wieder überschritten. Ohne Konsequenzen, obwohl es sich dadurch Wettbewerbsvorteile auf Kosten der anderen Euro-Länder verschafft hat.
Aber die deutsche Regierung ist weiterhin federführend bei allen Maßnahmen, die zu weiteren Verschärfungen im Austeritätskurs führen.

Wie geht es weiter ? Wie soll es weitergehen ?

Kann die EU noch von innen, zugunsten der Bürger und Demokratisierung, verändert werden ?
Oder ist es besser, ein (für den Normalbürger) totes Pferd nicht mehr weiterzureiten ?
Oder vertrauen wir darauf, daß auch die Normalbürger wieder zu Wohlstand kommen, wenn die Oberschicht und Konzerne nur immer reicher werden und mehr Privilegien erhalten ?